

Sebastian Kurz
Bundeskanzler

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.221.454

Wien, am 3. Juni 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Kucharowits, Kolleginnen und Kollegen haben am 3. April 2020 unter der Nr. **1356/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Einsatz eines Digitalen Krisenstab“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 12, 15 und 17 bis 19:

- *War der Digitale Krisenstab bereits vor der öffentlichen Kundmachung im Einsatz?*
 - a. *Wenn ja, seit wann genau ist dieser im Einsatz?*
 - b. *Wenn ja, warum wurde dies nicht mit Einsatzbeginn öffentlich kundgetan?*
- *Wann wurde die Entscheidung zum Einsatz eines Digitalen Krisenstabs getroffen?*
- *Wieso wurde der Krisenstab im Bundeskanzleramt eingerichtet und nicht bei einer unabhängigen Stelle? Wie kam es zu dieser Entscheidung?*
- *Wer war in diesem Entscheidungsprozess eingebunden?*
- *War das Parlament in diesem Entscheidungsprozess eingebunden?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wie ist der Krisenstab personell aufgestellt?*

- a. *Wo genau, in welcher Abteilung, ist der Krisenstab organisatorisch eingegliedert?*
- b. *Wer leitet diesen Krisenstab (operativ)? Wer ist im Leitungsgremium dieses Krisenstabs?*
- c. *Wieviele Mitglieder bzw. Mitarbeiterinnen hat der digitale Krisenstab?*
- d. *Welche Aufgaben und Funktionen bekleiden die Mitarbeiterinnen?*
- *Welche Rolle bzw. Aufgabe nimmt die Sicherheitsexekutive Wien im Digitalen Krisenstab ein?*
- *Wurden die PolizeischülerInnen/Polizistinnen vorab für diesen Einsatz speziell auf das Thema Fake News geschult?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. *Wenn ja, wie lange wurden sie geschult?*
 - c. *Wenn nein, welche Aufgabe kommt den PolizeischülerInnen/Polizistinnen in diesem Fall genau zu?*
 - d. *Wenn nein, warum nicht?*
 - e. *Wenn nein, welche Qualifikationen befähigen PolizeischülerInnen/Polizistinnen für diese Tätigkeit?*
- *Wie definiert der Krisenstab Falschinformationen bzw. Fake News?*
 - a. *Auf welcher wissenschaftlichen Grundlage basiert diese Definition?*
 - b. *Auf welcher rechtlichen Grundlage basiert diese Definition?*
 - c. *Wer beurteilt letztlich, ob es sich bei einer Nachricht um Falschinformation handelt?*
- *Informationen aus dem Bundeskanzleramt zu Folge wurden bereits 150 Fake News identifiziert. Gibt es dazu aktuelle Zahlen?*
 - a. *Um welche Arten von Falschinformationen handelt es sich dabei?*
 - b. *Über welche Plattformen werden Falschinformationen verbreitet? Bitte aufgelistet nach Häufigkeit*
 - c. *Gibt es bereits eine erste Auswertung der bereits bekannten Fake News?*
 - i. *Wenn ja, was sind die Erkenntnisse daraus?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
 - d. *Wird es einen Zwischen- bzw. Abschlussbericht zur Arbeit des Krisenstabs geben?*
 - i. *Wenn ja, wann ist eine Veröffentlichung des Berichts vorgesehen?*
 - ii. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Muss für die Ausforschung von Falschinformationen eine spezielle Technologie bzw. eine spezielle Software angewendet werden?*
 - a. *Wenn ja, um welche Software handelt sich hierbei?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

- *Wird hierfür mit speziellen Tech-Firmen bzw. Betreiberinnen digitaler Plattformen kooperiert?*
 - a. *Wenn ja, um welche Firmen bzw. Betreiberinnen handelt es sich hierbei?*
 - b. *Wenn ja, wie sieht diese Zusammenarbeit aus?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Was genau bedeutet ein „rundum die Uhr“-Einsatz des Krisenstabs?*
- *Soll dieser Digitale Krisenstab auch nach dem Ende der Corona-Maßnahmen weiterhin im Einsatz bleiben?*
 - a. *Wenn ja, in welcher Form?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wann wurde das „Aufdeckernetzwerk“ mit JournalistInnen eingerichtet?*
 - a. *Nach welchen Kriterien wurden hier die MedienvertreterInnen ausgewählt?*
 - b. *Welche MedienvertreterInnen wurden hier eingeladen? Bitte um Auflistung.*
 - c. *Welche MedienvertreterInnen sind nun Teil des Aufdeckernetzwerks? Bitte um Auflistung.*
 - d. *Werden die MedienvertreterInnen für die Arbeit im Aufdeckernetzwerk entlohnt?*
 - e. *Über welche (digitale) Plattform wurde diese eingerichtet bzw. werden die Falschinformationen eingemeldet?*
 - f. *Wie genau funktioniert die Arbeitsweise zwischen den MedienvertreterInnen und dem Krisenstab?*
- *In welcher Form nimmt die Bundesregierung am EU-Rapid-Alert-System Disinformation teil?*
 - a. *Welche learnings konnten bisher aus dem EU-RAS-d gezogen und für Österreich genutzt werden?*

Ich darf auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 1330/J vom 27. März 2020 verweisen.

Ergänzend darf ich hervorheben, dass die vom Bundesministerium für Inneres dienstzugeheilten Polizeischülerinnen und Polizeischüler lediglich unterstützend und unter Anleitung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des digitalen Stabs im Bereich der Betreuung der digitalen Kanäle des Bundeskanzleramts zum Zwecke einer umfassenden Informationsarbeit im Zusammenhang mit dem Coronavirus tätig werden.

Zu den Fragen 13 und 14:

- *Welche Daten werden im Zuge der "Ausforschung von Falschinformationen" erhoben?*

- *Werden personenbezogene Daten erhoben?*
 - a. *Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage basiert das Erheben und die Speicherung der Daten?*
 - b. *Werden die erhobenen Daten über einen bestimmten Zeitraum gespeichert?*
 - i. *Wenn ja, wie lange ist eine Datenspeicherung vorgesehen?*
 - ii. *Wenn ja, wo sollen diese Daten gespeichert werden?*
 - iii. *Wenn ja, wer hat Zugriff zu diesen Daten?*
 - iv. *Wenn ja, werden die Zugriffe dokumentiert?*
 - v. *Wenn ja, gibt es Sanktionen bei unerlaubtem Zugriff?*
 - c. *Wenn nein, was passiert mit den gesammelten Daten, nachdem Nachrichten als Fake News identifiziert wurden?*
 - d. *Wenn nein, wie wird das Löschen der Daten sichergestellt?*

Es werden im Zuge der Arbeit des digitalen Krisenstabs auf den digitalen Kanälen des Bundeskanzleramtes keinerlei personenbezogene Daten erhoben oder gespeichert.

Zur Frage 16:

- *Gibt es eine Möglichkeit für Bürgerinnen, Falschinformationen zu melden?*
 - a. *Wenn ja, wie?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Für die Bundesregierung ist entscheidend, speziell in dieser herausfordernden Zeit auf der Basis der Arbeit der Expertinnen und Experten umfassend und akkurat zu informieren und aufzuklären. Nachrichten und Beiträge der Bürgerinnen und Bürger, die uns über unsere digitalen Kanäle erreichen können, fließen insofern in die Arbeit des digitalen Stabs als Drehscheibe des gesamtgesellschaftlichen Austausches ein, als dass sie einen Anstoß zu Faktenprüfungen durch die Expertinnen und Experten im Rahmen des Aufdecker-Netzwerks geben können. Eine explizite Meldestelle für Falschmeldungen zu betreiben, widerspräche hingegen dem demokratischen und rechtsstaatlichen Selbstverständnis der Bundesregierung, einen bestmöglichen Rahmen für einen freien und offenen öffentlichen Diskurs im Sinne der Meinungsäußerungs- und Medienfreiheit zu garantieren. An dieser Stelle darf ich auf die wichtige Arbeit der unabhängigen Medien, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Bereich „Fakten-checking“ verweisen, die in vielen Fällen auch durch Partizipation der Bürgerinnen und Bürger angeregt wird.

Zur Frage 20:

- *Plant die Bundesregierung Präventionsmaßnahmen zum bewussten Umgang mit Medien?*
 - a. Wenn ja, welche?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Desinformationskampagnen zielen darauf ab, Misstrauen zu schüren und die freie, öffentliche Debatte zu einem Thema zu zerstören. Derartige Aktivitäten lassen sich nur schwer verhindern bzw. ihre negativen Auswirkungen nur beschränkt durch Richtigstellungen abschwächen. Es muss also primär der Ansatz gewählt werden, die Widerstandskraft gegen derartige Beeinflussungen im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Resilienz zu stärken. Dazu gehört es, bei allen Stakeholdern ein Bewusstsein über die sich aus der Desinformationsproblematik ergebenden Herausforderungen und Gefahren zu schaffen. Das stärkste Mittel gegen bewusste Falschmeldungen ist eine kritische Betrachtung durch die Nachrichtenbezieherinnen und -bezieher selbst. Dabei erscheint eine Stärkung der Medienkompetenz in unserer Gesellschaft von besonderer Bedeutung, um unbestätigte und falsche Meldungen leichter als solche entlarven zu können. Die Bundesregierung evaluiert aus diesem Grund gemeinsam mit den Stakeholdern aus Medien, Wissenschaft und Zivilgesellschaft den dementsprechenden Handlungsbedarf und konkrete Schritte zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit.

Sebastian Kurz

